

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für das Auerthal.

Telegraph. Adressen:
Volksfreund Schneeberg.

Verleger:
Schneeberg 10.
No. 21.
Schwarzenberg 19

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johann-georgenstadt, Könnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 282

Dienstag, 5. Dezember 1905.

50. Jahrg.

Der „Erzgeb. Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen und Sonntagen. Abonnement monatlich 20 Pf., vierteljährlich 50 Pf., halbjährlich 100 Pf., im voraus. Einzelhefte 10 Pf., im Ausland 15 Pf., in russischen Teil der Russen des 3. Corpsgebietes 45 Pf., im russ. Teil des 2. Corpsgebietes 30 Pf.

Printen-Konten für die am Belegtag erscheinende Nummer bis Montag 11 Uhr. Eine Mängelhaft für die nachträgliche Lieferung der Konten bei an den vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle nicht eingehenden, welche sich für die Mängelhaft ausdrücklich ausgesprochenen Konten nicht garantiert. Mängelhaftige Konten sind gegen Bezahlung, für welche eingetragene Mängelhaftigkeit nicht für die Revision nicht verantwortlich.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Maximilian Friedrich Wilhelm Herberger in Oberschlema, alleinigen Inhabers der Firma „Emallier-Anstalt Oberschlema, Erzg. M. Herberger“ daselbst wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände der Schlussrechnung

auf den 30. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt.

Schneeberg, den 2. Dezember 1905

Königl. Amtsgericht.

Schwarzenberg. Lassen- und Standesamtslokaltäten
Freitag und Sonnabend, den 8. und 9. Dezember d. Js.
für alle nicht krieglichen Angelegenheiten geschlossen.
Schwarzenberg, am 2. Dezember 1905.

Der Rat der Stadt.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Schwarzenberg

Mittwoch, den 6. Dezember 1905, abends 6 Uhr, im Stadthaus, Zimmer Nr. 1.

Öffentl. Sitzung der Stadtverordneten zu Schneeberg

Mittwoch, den 6. Dezember 1905, abends 6 Uhr.

Wochenschau.

Schneeberg, 3. Dezember.

Im sächsischen Landtag veranlaßte eine nationalliberale und eine freisinnige Interpellation in der zweiten Kammer eine umfangreiche Debatte über die Wahlrechtsfrage. Die Beantwortung der Interpellationen durch Herrn Staatsminister v. Meißner ergab, daß die Regierung gegenwärtig nicht in der Lage ist, einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Wahlrechts für die zweite Kammer einzubringen, und die Debatte ließ erkennen, daß sich in der Stellungnahme der Parteien zu dieser Angelegenheit inzwischens nichts geändert hat. Die Darlegungen des Hrn. Ministers bezogen sich auf die bislang für eine Umgestaltung des Wahlrechts gemachten Vorschläge, insbesondere auf das von den Nationalliberalen empfohlene Plural System, über dessen Wirkungen die Regierung, einem Beschlusse der Kammer entsprechend, genaue Erhebungen hat vornehmen lassen. Das Resultat dieser an der Hand der Statistik angestellten Ermittlung geht dahin, daß trotz Zuteilung eines doppelten und dreifachen Stimmrechts an die höheren Altersklassen das bisherige Stimmverhältnis unter den einzelnen politischen Parteien sich nicht wesentlich verschieben und daß auch die Gewährung weiterer Zulassungen für höhere Steuerleistung und für Bildung nicht diejenige Sicherung gegen die Ueberflutung der Kammer mit staatsfeindlichen Elementen schaffen würde, auf welche nach dem in der vorigen Session von der zweiten Kammer gefassten Beschlusse bei allen Aenderungsversuchen Bedacht genommen werden soll. Die Regierung hat die Ueberzeugung, daß das auch grundsätzliche Bedenken zulaßende Plural System keinen gangbaren Weg zur Umgestaltung des sächsischen Wahlrechts darstellt, daß das gleiche noch mehr von dem ebenfalls im vorigen Landtage erörterten Proportional System gilt, daß ferner die von einzelnen Abgeordneten vertretene Erhöhung des Zensus, wenn sie jene Kartellen bringen soll, bis zur Ausschließung eines großen Teils der jetzt berechtigten Wähler gehen müßte und daß endlich auch die Einführung der Wahlpflicht bestehende Mängel nicht zu korrigieren vermag. Die Regierung sieht, wie der Herr Minister zuletzt erklärte, auch gegenwärtig noch auf dem Standpunkte, daß die Einziehung von Vertretern des Arbeiterstandes in die Volksvertretung im höchsten Grade wünschenswert ist, und sie würde zunächst geneigt sein, im Verfolg einer im vorigen Landtage vom Abg. Oppitz ausgegangenen Anregung, nach Schaffung des Instituts der Arbeiterkammern diese als Wahlkörper für die Vornahme der Wahl von Arbeitervertretern für die zweite Kammer einzusetzen. Sie kann nicht die im bestehenden Wahlrecht gegen ein zu starkes Einbringen staatsfeindlicher Elemente gezogenen Schranken beibehalten helfen, aber sie wird die Versuche, unter Einhaltung der notwendigen Schutzwehr die dem jetzigen Wahlrecht anhaftenden Mängel zu beseitigen, fortsetzen und jeden neuen Vorschlag von anderer Seite zu diesem Zwecke in verdiente Prüfung nehmen.

Mit einer Rede, die allenthalben in mehr als einer Richtung tiefen Eindruck gemacht hat, hat der Kaiser die neue Tagung des Reichstages eröffnet. Es war von vornherein anzunehmen, daß die Eröffnungsrede in bezug auf die dem Reichstage obliegenden Aufgaben Ueberraschungen nicht bringe.

Der Inhalt der wichtigsten Gesetzentwürfe für die Tagung ist bereits vor einiger Zeit bekannt gegeben worden, und fast in allen Parteien — mit Ausnahme natürlich der Sozialdemokratie — ist man sich der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Reform unserer Reichsfinanz und einer stärkeren Rüstung zur See bewußt. In der Eröffnungsrede wurden mit Ernst und Nachdruck besonders diese beiden Aufgaben hervorgehoben. Die Finanzreformvorschlüsse lassen, so wird darin betont, den notwendigen Unterhalt des Volkes frei, sie wollen unter Anerkennung des Grundbesitzes, die Lasten des Gemeinwesens möglichst nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen, die neuen Einnahmen teils aus den Genussmitteln Bier und Tabak, sowie aus dem Personenverkehr und Güterumsatz, teils aus einer Reichserbschaftsteuer gewinnen. Die neue Flottenvorlage, sowie die übrigen Verstärkungen unserer Seewehr werden mit der stetig wachsenden wirtschaftlichen Verbindung mit allen überseeischen Ländern begründet. Eine weitere, bedeutende Begründung aber enthält die Stelle der Eröffnungsrede, die sich mit den Beziehungen Deutschlands zu den übrigen Mächten beschäftigt. Diese Beziehungen werden als allen Mächten gegenüber korrekter, zu den meisten als gute und freundliche bezeichnet. Die ersten Worte der Thronrede, die mit würdevollem Nachdruck auf die schwierige Lage hinweisen, in der wir uns befinden, bedürfen keines besonderen Kommentars. Sie werden hoffentlich an denjenigen Stellen im Auslande, wohin sie zielen, ihren Eindruck nicht verfehlen. Dankbar müssen wir es auf alle Fälle anerkennen, daß der Kaiser dem deutschen Volke eindringlich sagt: es wird bitterst. Der Reichstag als die berufene Vertretung des Volkes hat sich darauf zu richten. Die Arbeit, die ihm aufgegeben ist, umfaßt eine ganze Reihe von Vorlagen, deren eine einzige sonst schon genügt hätte, um das schwerwiegende Hauptstück einer Session zu bilden: die Finanzreform des Reiches, die Verstärkung der Flotte und die Verleihung der Rechtsfähigkeit an gewerbliche Berufsvereine sind Gesetzentwürfe, die, soweit sie auch in ihrem Wirkungskreise aus einandergehen, doch in einem Punkte zusammenlaufen: im Lebensnerv des Deutschen Reiches. Sie betreffen den finanziellen Bestand, die wirtschaftliche Sicherheit und die soziale Selbsterhaltung unserer Nation und dürfen nur unter dem gemeinsamen Gesichtspunkte der Erhaltung und Stärkung des Reiches angefaßt werden. Hier muß es sich zeigen, ob der Reichstag auf der Höhe seiner Pflichten steht und ob die Reichsregierung Stetigkeit der Willenskraft genug besitzt, um die Erfüllung der parlamentarischen Pflichten in dem Maße durchzuführen, das dem Reiche unentbehrlich ist. Zu unerlösten Debatten ist jetzt keine Zeit, zumal da noch zahlreiche andere, gleichfalls wichtige Vorlagen der Erledigung harren. Sind sich die Parlamentarier dessen bewußt, was sie dem Reiche schulden, und gehen sie froh zum Ziele, dann wird auf ernstere Arbeit in erster Zeit auch Segen ruhen.

Die kurze Periode scheinbarer Beruhigung in Rußland ist schon wieder vorüber, neue Stürme haben sich über dem ganzen Reiche erhoben. Kaum war der Eisenbahnverkehr wieder hergestellt, und kaum hatten die Arbeitermassen der Hauptstadt nach dem Fehlschlagen des von ihren Führern zu Demonstrationszwecken proklamierten Generalstreiks die Arbeit wieder aufgenommen, als auch schon das Gespenst des allgemeinen Post- und Telegraphenstreiks auf-

tauchte. Die elende wirtschaftliche Lage insbesondere der niederen Beamtensklassen der Post und Telegraphie hatte diese veranlaßt, sich in einem großen Fachverbände zu organisieren. Die Regierung erkannte den Verband jedoch nicht nur nicht an, sondern bedrohte die Zugehörigkeit zu demselben mit harten Disziplinarmassregeln. Eine Beschwerde der Leiter des Verbandes beim Grafen Witte blieb ohne Antwort, und als nun durch Verfügung des Ministers des Innern 25 an der Spitze des Verbandes stehende Beamte aus dem Dienste entlassen wurden, erging die Aufforderung an alle Post- und Telegraphenbeamten, zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Forderungen und der Anerkennung des Verbandes in dem Auslande zu treten. Von Moskau, wo der Streik tatsächlich am Mittwoch begann, hat sich die Bewegung alsbald über das ganze Land ausgebreitet, und wenn es bisher auch noch gelungen ist, den telegraphischen Verkehr mit dem Auslande auf einzelnen Linien aufrecht zu erhalten, so bedeutet doch dessen Unterbindung im Innern eine ungeheure Katastrophe, durch die das Land aufs Empfindlichste geschädigt wird. Dazu kommt, daß sich innerhalb der sozialrevolutionären Organisation und auch innerhalb des dem Namen nach bürgerlichen „Verbandes der Verbände“ bereits Stimmen erheben, welche zur Bekundung der Solidarität mit den streikenden Post- und Telegraphenbeamten die Verkündigung des Generalstreiks fordern. Die Gefahr, daß ein solcher Risikostreik von neuem ausbricht, ist keineswegs zu unterschätzen. Zwar verhält sich ein großer Teil der Arbeiterschaft, der unter der langen Streikperiode schwer gelitten hat und sich deshalb noch Ruhe seht, den Aufwiegelungen gegenüber vorläufig noch ablehnend; aber die dieser Tage in St. Petersburg erfolgte Entlassung von 15 000 Arbeitern, die sich geweigert hatten, unter den früheren Bedingungen zu arbeiten, hat doch sehr verstimmend gewirkt, und da auch die untere Beamtenschaft aller Kategorien die Ausstandspläne begünstigt, so dürfte ein weiterer zäherer Junke genügen, um den großen Brand zu entfachen. Wie dieser dann gelöst werden sollte, ist nicht abzusehen. Denn Rußlands Heer und Flotte befinden sich nach allem, was von den Vorgängen innerhalb zahlreicher Truppenkörper berichtet wird, in vollem revolutionärem Aufbruch. Selbst die Garde, ja sogar der Generalstab machen davon keine Ausnahme; hat doch am Mittwoch in der Generalschule Akademie mit Genehmigung des Akademiedirektors eine Offiziersversammlung stattgefunden, die ihren Sympathien mit der freiheitlichen Bewegung Ausdruck verlieh. Das, was sich soeben in Sebastopol zugetragen hat, ist der offene militärische Zustand, zu dessen Unterbrechung auswärtige Truppenteile herangezogen werden mußten, weil einzelne Regimenter der Garnison mit den Meuturern gemeinsame Sache machten. Die ersten Gerüchte über die in der Stadt angerichteten Verbrechen haben sich glücklicherweise nicht in vollem Umfange bestätigt; immerhin aber hat der zwischen den Meuturern und den Regierungstruppen ausgefochtene Kampf die Einwohnerschaft fürchterliche Stunden der Angst und Gefahr durchleben lassen. Die gänzliche Untergrabung der Autorität der Besatzung innerhalb der gesamten russischen Armee und Marine, vor allem auch innerhalb der ostasiatischen Truppenteile läßt selber eine Wiederholung des Sebastopoler Dramas in anderen Garnisonen keineswegs als ausgeschlossen erscheinen.

Holzversteigerung auf Sofaer Staatsforstrevier.

In „Ratskeller“ in Aue

Sonnabend, den 9. Dezember 1905, von vorm. halb 9 Uhr an,

257 weiche Stämme	von 11—15 om	Mittensätze,	
792 "	"	16—22 "	"
353 "	"	23—43 "	"
3 harte Röhler	"	23—43 "	Oberstärke,
1081 weiche "	"	7—15 "	
563 "	"	16—22 "	
316 "	"	23—29 "	
64 "	"	30—51 "	

in Abt. 34, 37 und 41 (Stahlschläge),

sowie im Gasthose „zur Sonne“ in Sofa

Montag, den 11. Dezember 1905, von vorm. 9 Uhr an

2 rm h., 79,5 rm w. Brennweite, | 7,5 rm h., 2 rm w. Faden, } da'elbst.
33 " " Brennknäppel, | 2,5 " " 19 " " Kette, }

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Holzwerke werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von dem unterzeichneten Forstrentamt abgegeben.

Sofa und Eibenhof, am 2. Dezember 1905.

Kgl. Forstrevierverwaltung.

Kgl. Forstrentamt.

Jahrmarkt in Kirchberg

Montag und Dienstag, den 11. und 12. Dezember 1905.